

Klimaschutz vorrangig im Inland umsetzen

Die Schweizer Bevölkerung spricht sich klar dafür aus, den CO₂-Ausstoss primär hierzulande zu senken, nicht im Ausland. Dies fordert auch der Verband swisscleantech, mit dem die Angestellten Schweiz eine Zusammenarbeit eingegangen sind.



Wissen Sie, auf welche Brenn- und Treibstoffe eine Lenkungsabgabe erhoben wird? Benzin, Diesel, Kerosin, Heizöl, Gas? Wenn sie auf (fast) alle getippt haben, dann schätzen Sie die Situation gleich ein wie die meisten von über 1000 Befragten einer gfs-Umfrage im Auftrag von swisscleantech. Es ist leider falsch, eine Lenkungsabgabe gibt es lediglich auf die fossilen Brennstoffe Heizöl und Gas. Die Treibstoffe werden (noch) nicht belastet.

Wissen Sie, was mit dem Ertrag aus der Lenkungsabgabe gemacht wird? Auch da herrscht beim Grossteil der Bevölkerung Unklarheit. Dies, obwohl zwei Drittel der Beträge an sie zurück verteilt werden. Das restliche Drittel fliesst in die energetische Sanierung von Gebäuden.

Bevölkerung will Anstrengungen in der Schweiz

gfs hat auch abgefragt, wie die Bevölkerung zur Frage steht, ob die Reduktion des CO₂ vor allem in Inland oder über Emissionszertifikate im Ausland erfolgen soll. Das Resultat: 84 Prozent wollen dies im eigenen Land erreichen. Diese klare Haltung freut swisscleantech. Denn es gibt viele gute Gründe für ein schweizerisches Engagement. «Klimaschutz im Inland muss Vorrang haben, denn er stärkt die Wirtschaft, fördert die Innovation und verhindert den Mittelabfluss», sagt Christian Zeyer, Geschäftsführer von swisscleantech. Der Verband fordert ein Inlandziel von minus 45% der Treibhausgasemissionen bis 2030. Der Bundesrat visiert lediglich 30% an und will einen grossen Teil der Reduktion im Ausland realisieren.

Eine ganze Reihe von Argumenten spricht für die ehrgeizigeren 45%:

«Klimaschutz ist das Geschäft der Zukunft», schreibt swisscleantech in einem Positionspapier zum 45%-Ziel. Und weiter: «Klare und ambitionierte Rahmenbedingungen wie ein hohes Reduktionsziel sowie Massnahmen wie ein wirksamer CO₂-Preis fördern die Innovation. Dadurch entstehen neue Produkte und Lösungen, die Infrastrukturen werden optimiert und die Schweizer Wirtschaft wird fit für die Zukunft.» In den Bereichen erneuerbare Energien und Effizienzmassnahmen nahm die Beschäftigung seit 2008 um fast 90% zu, die Wertschöpfung um fast 80%. Investitionen in diesen Sektoren schaffen Arbeitsplätze und Wert. Wir müssen unsere Infrastrukturen sowieso anpassen, um die Klimaziele zu erreichen. Lieber gut geplant und rechtzeitig, als später überhastet und teuer. Lieber rascher gesündere Luft und weniger Gesundheitskosten. 65% des Schweizer Energieverbrauchs basieren auf fossilen Brenn- und Treibstoffen, die zu einem grossen Teil aus politisch instabilen Regionen stammen. Viel Geld fliesst ins Ausland. Besser jetzt in der Schweiz investieren und unabhängiger werden. Auslandszertifikate bergen Risiken bezüglich Verfügbarkeit, Kosten und Qualität. Gemäss Studien haben ca. 75% der Auslandszertifikate nicht ihre ausgewiesene Emissionsminderung erreicht. Deren Preise dürften künftig zudem stark steigen.

Vorsprung längst verpasst

Die EU hat ein Reduktionsziel von 40% und diskutiert eine Erhöhung auf 50% oder noch höher. Das lässt die 30%, die der Bundesrat verfolgt, mickrig aussehen.

Der WWF hat ein Ranking erstellt, was die Kantone bezüglich Gebäude-Klimapolitik tun. Er kommt zum Schluss, dass keiner das Prädikat «verantwortungsvoll» verdient. Lediglich Basel-Stadt wird als «engagiert» eingestuft. Die restlichen Kantone gelten für den WWF als «zögerlich» oder gar «blockiert». Das Schlusslicht bildet Schwyz.

Wo bleibt die Vorreiterrolle, die wir in bezüglich Umweltschutz mal hatten? Wo ist unser Vorsprung hingekommen? Wer, wenn nicht die reiche Schweiz, kann sich die Investition in den Klimaschutz leisten? Wer, wenn nicht die Schweiz, hat das Potenzial, wieder zum Umweltpionier zu werden? Die Politik ist jetzt gefordert, mutige Vorschläge zu machen und rasch umzusetzen. Die Wirkung von Lenkungsmaßnahmen auch auf Treibstoffe und Flugtickets ist durch verschiedene Studien längst belegt (z.B. die Infrac-Studie «Finanzielle Auswirkung von Abgaben auf Brennstoffe, Treibstoffe und Flugtickets»). Hoffen wir, dass die in den Kantonen und im eidgenössischen Parlament erstarkten grünen Kräfte genügend Dampf machen.

Hansjörg Schmid
Mittwoch, 12. Feb 2020